



Aktivistin Petkeviča (2. v. l.) in Daugavpils: »Normale Bürger der EU«

Katrina Kepule / DER SPIEGEL

# Die Unerwünschten

**BALTIKUM** In Lettland sind 30 Prozent der Bevölkerung russischsprachig. Die Regierung hält sie für mögliche Kreml-Sympathisanten, die Putin den Vorwand für eine Invasion liefern könnten. Zu Recht?

**T**reffpunkt ist ein Café am Rand der Altstadt von Lettlands Hauptstadt Riga.

Katja kommt pünktlich, blickt ins belebte Lokal und macht auf dem Absatz kehrt: »zu viele Mithörer«. Was sie sucht, findet sich erst ein paar Gassen weiter: ein leeres Café.

Die misstrauische Katja, die eigentlich anders heißt und IT-Expertin ist, gehört zur Minderheit russischsprachiger Bürgerinnen und Bürger in Lettland. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine treibt viele von ihnen die Angst um. Verdächtig als Kreml-Sympathisanten, als Putins trojanische Pferde, so fühlen sie sich.

Im Café erzählt Katja, was ihrem Cousin widerfahren ist. Sie zeigt ein Schreiben der Direktion für Staatsbürgerschafts- und Migrationsangelegenheiten. Darin steht, der Bürger Igor Popow müsse »zum Schutz der nationalen Sicherheit« Lettland »unverzüglich verlassen«. Zu diesem Beschluss hätten seine nicht näher erläuterten Kontakte »mit den Diensten der Russischen Föderation und seine loyale Haltung gegenüber den militärischen Aktivitäten« der Kreml-Truppen geführt.

»Wenig später standen zwei Geheimdienstler vor seiner Tür«, sagt Katja, »sie gaben ihm nur eine Stunde zum Packen, dann wurde er in ein Lager nahe der Stadt Rēzekne gebracht, wo schon andere Menschen auf ihre Zwangsausweisung warteten; am nächsten Tag ging es zum Übergang Terehova und rüber nach

Russland.« Seither lebt der gelernte Schweißer Popow, 52 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, in Putins Reich.

Durch politischen Aktivismus, sagt Katja, sei ihr Verwandter nie aufgefallen. Vermutlich habe er sich als ehemaliger sowjetischer Rekrut auf der schwarzen Liste der Geheimdienste wiedergefunden.

Die Russischsprachigen stellen 30 Prozent der lettischen Bevölkerung, deutlich mehr als eine halbe Million Menschen. Die russische Staatsbürgerschaft besitzen etwa 50.000 von ihnen. Sie sind zum überwiegenden Teil Nachfahren jener Russen, Ukrainer und Belarussen, die unter dem Diktator Josef Stalin im großen Stil aus anderen Teilen der Sowjetunion in Lettland angesiedelt wurden. Zugleich ließ Stalin Zehntausende Bewohner der Baltenrepublik verschleppen und in sibirische Lager pferchen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion erklärte Lettland 700.000 Einwohner zu »Nicht-Staatsbürgern« ohne Wahlrecht. Die Begründung: Die Betroffenen oder ihre Vorfahren seien gewissermaßen keine »wahren« Letten. Sie waren fortan staatenlos.

2022 hat die Regierung in Riga Gesetze verschärft und begonnen, den Vorrang lettischer Sprache, Kultur und Geschichtsschreibung rigoros durchzusetzen. Lernunwilligen Russisch-Muttersprachlern sowie aus Regierungssicht potenziellen politischen Unruhestiftern drohen nun Sanktionen: von der Ent-

lassung aus dem Staatsdienst über den Entzug der Aufenthaltserlaubnis bis hin zur Zwangsausweisung nach Russland.

Die Regierung in Riga versucht, alles auch nur entfernt an Russland Erinnernde aus dem Alltag zu verbannen. Im August 2022 wurde das sowjetische Siegesdenkmal, Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« gegen die Hitler-Faschisten, abgerissen – ein Affront für viele, die dort jährlich am 9. Mai ihrer gefallenen Verwandten und Vorfahren gedachten. »Eure Zeit ist abgelaufen«, ließ Lettlands Verteidigungsminister die Russischsprachigen im Land wissen.

Der Staatssender Rossija 1 und andere russische Fernsehkanäle sind in Lettland schon seit Längerem nicht mehr zu empfangen. 2022 wurden 166 Lehrerinnen und Lehrer wegen ungenügender Lettisch-Kenntnisse entlassen. Seit September nun darf in Schulen Unterricht der ersten, vierten und siebten Klasse ausschließlich auf Lettisch erteilt werden. Die Umstellung in den restlichen Klassenstufen soll folgen.

Die Hälfte der russischen Staatsbürger in Lettland hat mittlerweile Post vom Staat erhalten. Wer seine Aufenthaltsbewilligung verlängern wolle, müsse in einem Test Alltagskenntnisse der lettischen Sprache nachweisen und Loyalität zu Grundwerten des EU-Mitglieds Lettland beteuern. Dazu gehört es, Fragen zu beantworten wie: »Verurteilen Sie die russische Invasion in die Ukraine?«. Mehr als 60 Prozent der letztlich Angetretenen versagten bei der Sprachprüfung im ersten Anlauf.

Zwar sind Zwangsausweisungen aus Lettland wie im Falle von Katjas Cousin bisher die Ausnahme, dennoch ist die Unruhe in der russischsprachigen Bevölkerung erheblich. Mehr als 3500 Aufenthaltsgenehmigungen sollen bereits im Dezember ungültig geworden sein. Als Folge droht der Verlust des Zugangs zu Bankkonto, Sozialleistungen und Rente.

Beim Großteil der Problemfälle handelt es sich um ältere Menschen, die erst in den letzten zwei Jahrzehnten russische Staatsbürger wurden, weil ihnen dadurch – vom Kreml heftig beworben – bereits mit 55 Jahren eine zusätzliche Rente zustand. Andere votierten für Russland, weil sie endlich wieder Bürger zumindest irgendeines Staats werden wollten. In Russland gelebt haben diese Menschen nie.

Dass die nur 1,9 Millionen Menschen zählende Republik, geborgen unter dem Schutzschirm der Nato und einer EU-Mitgliedschaft, die Gangart gegenüber einer Minderheit dertart verschärft, verleitete Russlands Präsidenten Wladimir Putin im Dezember zu der zornigen Bemerkung, die »schweinishche« Behandlung seiner Landsleute werde den Letten keinen Segen bringen.

Droht Lettland ein Szenario wie 2014 im Donbass oder auf der Krim, wo Kreml-Truppen unter dem Vorwand einmarschierten, die russischsprachige Bevölkerung zu schützen?

»Ich schätze den Anteil der Russischstämmigen, die bereit wären, bei einer Kreml-Invasion behilflich zu sein, auf zehn Prozent«, sagt

Jānis Sārts, Direktor des Nato Strategic Communications Centre of Excellence in Lettland. Im laufenden Nato-Großmanöver Steadfast Defender, das einen Angriff Russlands simuliert, wird seit dem 26. Februar mit dem Manöver »Crystal Arrow« der Ernstfall geübt. Die Manöver hätten mit unmittelbarer Bedrohung aber nichts zu tun. »Das ist nur eine Übung und bedeutet nicht, dass dieses oder nächstes Jahr Krieg ausbricht.«

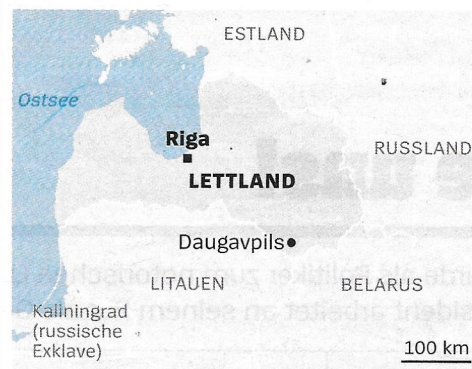
»Um zu verstehen, was in diesem Land gerade passiert, muss man sich nur in meinem Viertel umschauen«, sagt Inguna Potetinova. Die Anthropologin wohnt im tristen Kengarags am Rand von Riga, 45.000 mehrheitlich russischsprachige Bewohner bevölkern hier die bis zu zwölfstöckigen Blocks.

Potetinova, selbst ethnische Lettin, klagt: Wer sich in Lettland für die Russischsprachigen einsetzt, wird als »Putins Nachtigall« beschimpft oder als »Ruschist« – eine Mischform aus »Russe« und »Faschist«. Seit sie die Lage der Minderheit kritisch erforscht und das Ergebnis unter dem Titel »Sie kümmern sich einen Dreck um uns« publiziert habe, sei sie selbst in Verdacht geraten, ihrem Land gegenüber illoyal zu sein. Ihrem russischen Ehemann habe man beim Einkaufen zugerufen, er solle seine Koffer packen und sich in einen Zug nach Russland setzen.

»Es herrscht Schwarz-Weiß-Malerei, das ist alarmierend«, sagt Potetinova, während sie durch die trostlosen Gassen ihres Viertels stapft. Ihre Forschungen hätten gezeigt: »Seit Jahrzehnten schon steht das Wort »russisch« in Lettland nicht nur für eine ethnische Gruppe, sondern auch für ein kollektives Trauma, für Leid und Verderben. Russischsprechende werden als Teil des Vermächtnisses der sowjetischen Besatzungsmacht gesehen.«

Drei Stunden Zugfahrt entfernt von Riga liegt im Südosten Lettlands Daugavpils, die zweitgrößte Stadt. Hier, unweit der Grenze zu Litauen und Belarus, in einer der ärmsten Regionen Europas, sind an die 80 Prozent der Einwohner russische Muttersprachler.

Die BBC rückte Daugavpils 2016 mit ihrer Doku-Fiktion »World War Three – Inside the War Room« ins Rampenlicht: Russischsprachige Aufständische reißen da im Film lettische und EU-Fahnen vom Mast, schreiben



5 • Karte: OpenStreetMap

»Rossija« und lösen bei westlichen Strategien die Frage aus, wie man auf einen russischen Nuklearschlag reagieren werde.

Der spekulative BBC-Film über einen dritten Weltkrieg kam Teilen der russischen Staatsmedien gelegen. Er vermittele das Bild einer nur bedingt abwehrbereiten Nato, frohlockte TV Zvezda, der Propagandasender des russischen Verteidigungsministeriums. In Daugavpils selbst war man über die Schlagzeilen wenig erfreut.

Wie aber denken sie wirklich, die Russischsprachigen in Daugavpils?

Der Museumsführer im Zentrum der Russischen Kultur, wo zehn Angestellte eine politisch unverfängliche Ausstellung betreuen, nennt die Stimmung in der Stadt grundsätzlich harmonisch – nur »diese Ereignisse« in der Ukraine gefährdeten den städtischen Frieden. Dazu passt, was das liberale Internetportal »Chayka« direkt nach Kriegsausbruch in der Ukraine titelte: Im lettischen Osten würden Putins Panzer womöglich mit Brot und Salz willkommen geheißen.

Es herrscht ein Klima des Misstrauens in Daugavpils. Geht es bei Treffen im Restaurant ums lettisch-russische Verhältnis, verstummen die Gesprächspartner, sobald eine Kellnerin naht. Von Anfeindungen auf offener Straße wird berichtet und von Familien, in denen die Putin-loyale Mutter nicht mehr mit der Tochter spricht, die den Lettischtest für Russischsprachige richtig findet.

Der Sprachtest sei für viele der größte Stressfaktor, erzählt Olga Petkeviča. »Zu mir kommen manche, die haben es schon viermal

erfolglos versucht«, sagt sie. In einer kleinen Kammer im Rathaus sitzt sie hinter Kartons voller Formulare verschanzt. Längst, sagt sie, würden für teures Geld Atteste gehandelt, die bescheinigen sollen, dass die untersuchte Person unfähig sei, eine Fremdsprache zu lernen.

Die 37-Jährige war früher Hobbymodel, später Journalistin, inzwischen ist sie vierfache Mutter und angehende Europapolitikerin. Die einen in Daugavpils sehen sie als Rettungengel russischer Rentner, die anderen als Kreml-Agentin. Im Juni bewirbt Petkeviča sich um einen Sitz im Europaparlament und will dort ihre Stimme erheben. »Ich möchte klarmachen, dass Russischsprachige normale Bürger der EU sein können«, sagt sie, »und dass sie nicht verantwortlich sind für den Krieg in der Ukraine.«

Petkeviča, die Lettisch, Russisch und Englisch spricht, legt Wert darauf, »nicht für ›die Russen‹, sondern für Einwohner meines Landes« zu kämpfen. Vor ihr stapeln sich Antragsformulare für Aufenthaltserlaubnisse. Viele der russischsprachigen früheren Fabrikarbeiterinnen, die nun um ihren Verbleib im Land kämpfen, seien mit dem Papierkram überfordert.

An einem Mittwoch um kurz vor 13 Uhr beginnt vor Petkevičas Bürotür der Einmarsch der Alten. Gekleidet im Stil der Sowjetzeit, die Frauen überwiegend mit Strickmützen, die Herren mit Schiebermütze samt Ohrenklappen, stehen sie in langen Schlangen zur Sprechstunde an. In den Händen halten sie Papiere in Klarsichtfolien: Schreiben in lettischer Amtssprache, die ihnen Sorgen machen.

»Bitte verlassen Sie Lettland bis zum 1. April«, steht auf dem Brief, den die 63-jährige Ljubow mit zittrigen Händen hervorkramt. Sie hat die vorgeschriebenen Fristen versäumt und aus Versagensangst keinen Test abgelegt. Auf dem Amtsweg wird für sie nichts mehr zu machen sein. Petkeviča versucht zu trösten und verspricht, ein schriftliches Gnadengesuch aufzusetzen.

Für manche kommt jede Hilfe zu spät. »Erst im September hat mir eine Frau vom Suizid ihres Mannes erzählt – ihm war die Aufenthaltserlaubnis entzogen worden«, sagt Petkeviča. Walter Mayr



Russisch-orthodoxe Kathedrale in Daugavpils, Anthropologin Potetinova, Haus der Einheit in Daugavpils: »Schwarz-Weiß-Malerei«

Katrina Kepule / DER SPIEGEL (3)